Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7481**
17. Wahlperiode 26. 10. 2011

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Viola von Cramon-Taubadel, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

China als wichtiger Partner im Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

China hat die USA im Jahr 2007 als größter Emittent von Treibhausgasen überholt. Neben den langfristig hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahrzehnte liegen Ursachen in einer starken Ausrichtung der Energieversorgung auf Kohle und einem großen Bedarf an der Steigerung von Energieeffizienz. Das Land selbst ist bereits in hohem Maße von den Folgen des globalen Klimawandels betroffen. Die Herausforderungen durch den Klimawandel sind der Staats- und Parteiführung bewusst. Gravierende Umweltschäden wie Wasserknappheit, Wüstenbildung oder Gletscherschmelze sind nicht zuletzt auch auf den fortschreitenden Klimawandel zurückzuführen und werden sich nach den Prognosen der Klimawissenschaft in den nächsten Jahrzehnten deutlich verstärken. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Bevölkerung in ländlichen sowie städtischen Gebieten und auf die Industrieregionen in Küstennähe werden offenbar ernst genommen. Im 11. Fünfjahresplan (2006 bis 2011) wurde der Begriff „Klimawandel“ noch nicht erwähnt, lediglich die Notwendigkeit der „Energieeffizienz“. Im 12. Fünfjahresplan (2011 bis 2015) wird der Klimawandel nun ausdrücklich genannt und steht unter den Umweltthemen an vorderer Stelle.

China wird oft als Bremser in den internationalen Klimaverhandlungen wahrgenommen. Tatsächlich hat China ebenso wie andere Staaten in den internationalen Klimaverhandlungen nicht immer eine konstruktive Rolle gespielt. Dennoch ist diese Wahrnehmung nur teilweise zutreffend. China strebt nach wirtschaftlichem Wachstum, aber auch nach innerer Stabilität und internationaler Anerkennung. Gravierende Umweltschäden, die als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden sind, bedrohen die Lebensgrundlage vieler Menschen in China und führen zu Unzufriedenheit mit der Staats- und Parteiführung. Schon allein aus diesem Grund nimmt die chinesische Führung Umweltthemen ernst. Das Interesse der chinesischen Führung, als kooperativer Akteur wahrgenommen zu werden, bietet einerseits Chancen zur Zusammenarbeit, andererseits reagiert die chinesische Führung sehr empfindlich auf westliche Einflussnahme.

Im eigenen Land unternimmt China tatsächlich beachtliche Anstrengungen, die Energieeffizienz zu steigern und den Anstieg des Ausstoßes von Klimagasen zu

bremsen, zum Beispiel mit dem weltweit größten Wiederaufforstungsprogramm. Die Investitionen in die Reduktion von Kohlendioxid- und Schwefeldioxid-Emissionen haben sich vom 11. zum 12. Fünfjahresplan verdoppelt. Des Weiteren beinhaltet der Plan unter anderem Absichtserklärungen, den Anteil nichtfossiler Energieträger am Primärenergiekonsum auf 11,4 Prozent zu erhöhen, den Energieverbrauch pro BIP-Einheit (BIP: Bruttoinlandsprodukt) um 16 Prozent sowie die Kohlendioxid-Emissionen pro BIP-Einheit um 17 Prozent zu senken. Ebenso ist geplant, strategische Industrien unter anderem in den Geschäftsfeldern Energieeffizienz, Umweltschutz, erneuerbare Energien und alternative Antriebstechnologien aufzubauen. Trotz dieser Bestrebungen und klar definierter Ziele ist das Land jedoch bisher nicht bereit, internationale Verpflichtungen einzugehen und internationale Überprüfungen der Ergebnisse zuzulassen.

Generell sind die Themen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und eine Umstellung der Energieversorgung sinnvolle Anknüpfungspunkte für den Dialog zwischen Deutschland und China, für die Technische Zusammenarbeit und für Unternehmenskooperationen. Seit 2009 besteht die deutsch-chinesische Klimapartnerschaft. Mit dem „Deutsch-Chinesischen Gemeinsamen Kommuniqué“ von 2010 wurden die Themen Energieeffizienz und Klimaschutz zu zentralen Kooperationsfeldern erklärt. Auf dem EU-China-Gipfel 2010 vereinbarten beide Seiten, die praktische Kooperation und den Austausch im Rahmen der 2005 gegründeten Partnership on Climate Change und des Energiedialogs zwischen der EU und China weiter zu vertiefen. Ebenfalls 2010 definierte die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU in ihrem Papier „Strategic Partners. The EU and China“ den Aufbau einer „Low Carbon Partnership“ als zentrales Interesse der EU. Im Rahmen einer internationalen Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KLUG) sollte die klimapolitische Zusammenarbeit mit China sowohl auf bilateraler und EU-Ebene als auch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen weiter intensiviert werden. Ziel dabei muss sein, dass China einen seiner Größe und Wirtschaft angemessenen Beitrag zur globalen Emissionsreduzierung leistet und in einem völkerrechtlich verbindlichen und verifizierbaren internationalen Regime mitarbeitet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– durch einen ambitionierten deutschen Beitrag eine Erhöhung der Klimaziele der Europäischen Union zu erwirken, um damit klimapolitisch glaubwürdig gegenüber China auftreten zu können;
– die Klimapolitik weiterhin als wichtigen Schwerpunkt in den deutsch-chinesischen Beziehungen auszubauen;
– die Arbeit der im Januar 2009 mit der chinesischen Regierung vereinbarten deutsch-chinesischen Klimapartnerschaft systematisch zu überprüfen, zu erweitern und mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten, um damit der Schwerpunktsetzung tatsächlichen Ausdruck zu verleihen;
– ihre klimapolitischen Ziele und Dialogformate mit ihren Zielen in anderen Politikfeldern und den Inhalten anderer bilateraler sowie EU-Dialogformate enger abzustimmen;
– sich auf EU-Ebene für eine Überprüfung, Erweiterung und Ausstattung mit zusätzlichen Finanzmitteln für die Klimaschutz-Partnerschaft der EU mit China einzusetzen und insbesondere auf eine stärkere Koordination mit anderen EU- und bilateralen Formaten zu dringen;
– auf die chinesische Regierung einzuwirken, nach Provinzen aufgeschlüsselte Emissionsstatistiken zu veröffentlichen und den Provinzregierungen Beratungsleistungen zur Erarbeitung von Statistiken anzubieten;

- konkrete enge Kooperationen zur Etablierung von Klimaschutzinitiativen in China anzuschieben und dabei Scheinmaßnahmen zum Klimaschutz wie Atomkraft und Kohle-CCS zu verhindern, wie sie teilweise in „Low Carbon Development Strategies“ angelegt sind;
- auf die chinesische Regierung einzuwirken, von der Angabe der Reduktionsziele pro BIP-Einheit abzurücken, und gemeinsam mit China auf einen Kompromiss zur stärkeren Berücksichtigung von Pro-Kopf-Werten hinzuarbeiten;
- den Aufbau eines chinesischen Emissionshandelssystems nach Kräften zu unterstützen, sich dabei für eine möglichst zeitnahe Verknüpfung mit dem europäischen Handelssystem zu engagieren und die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen;
- den Dialog zwischen der europäischen und chinesischen Zivilgesellschaft im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu intensivieren und mit notwendigen Finanzmitteln auszustatten;
- den Ausbau von Städte- und Verwaltungspartnerschaften zu unterstützen und dabei die Erweiterung bestehender Kooperationen oder Partnerschaften um eine Klimakomponente einzufordern sowie direkte Bezüge zur EU-China-Urbanisierungspartnerschaft herzustellen;
- den Klimaschutz konsequent auch in den Handelsbeziehungen mit China zu thematisieren;
- im Rahmen der deutsch-chinesischen Strategischen Partnerschaft zur E-Mobilität den Ausbau von Unternehmenskooperationen im Bereich Elektromobilität zwischen Deutschland und China weiter zu befördern und entsprechende Anreize für gemeinsame Forschungsprojekte zu schaffen;
- für einen fairen Wettbewerb im Bereich der erneuerbaren Energiebranche zu werben, vor allem im Bereich der Solarwirtschaft;
- auf die enge Verknüpfung zwischen Klimaschutz und Energiefragen hinzuweisen und ihre bisherigen und zukünftigen Erfahrungen mit der deutschen Energiewende und der Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien weiterzugeben. In diesem Zusammenhang Investitionsabkommen mit China im Bereich der erneuerbaren Energien voranzubringen;
- auf die chinesische Regierung einzuwirken, in ihren Planungen den Unterschied zwischen erneuerbaren Energien und „nichtfossilen Energien“ zu verdeutlichen und Atomenergie gesondert auszuweisen;
- grundsätzlich die Notwendigkeit zum Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen in den Konsultationen mit China stärker zu thematisieren und China bei der Einführung einer ökologischen Steuerreform intensiver zu unterstützen;
- China bei der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, zum Beispiel im Bereich der Gebäudesanierung, bei der Handwerkerausbildung und der Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes aktiv zu unterstützen;
- mit China bei Erfassung und Messung von Emissionen sowie der Wirkung von politischen Maßnahmen eng zu kooperieren.

Berlin, den 25. Oktober 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333